

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunisten
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Kritik

Am Freitag beginnt unser
neuer Roman
Mess Mend
Bezirk Ostfachsen
für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (frei Haus) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.). Durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 19 090, Dresden Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Alt, Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 10-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: 20 Pfennig pro Zeile und Tag, 10 Pfennig pro Zeile und Woche, 5 Pfennig pro Zeile und Monat, 3 Pfennig pro Zeile und Vierteljahr, 2 Pfennig pro Zeile und Halbjahr, 1 Pfennig pro Zeile und Jahr. Anzeigenannahme: täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 22. November 1928

Nummer 272

Die Ruhrfront steht fest!

Vertagung der Verhandlungen

Neue Vorkläufe der Unternehmer infolge der verräterischen Haltung der Gewerkschaftsbureaucratie

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, wurden die Ruhrverhandlungen heute fortgesetzt, jedoch nach kurzer Zeit vertagt. Es wurde folgendes Kommuniqué ausgeben:

„Nachdem der Termin vor dem Landesarbeitsgericht in Duisburg am 24. November ansteht, sind beide Parteien übereingekommen, die weiteren Verhandlungen bis zur Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes auszusetzen, zumal durch den Feiertag (Ruhtag) ohnehin zwei Arbeitstage verlorengehen. Beide Parteien legen jedoch Wert darauf, die Verhandlungen nachdem fortzusetzen.“

Die Verhandlungen müßten ausgesetzt werden, weil die Unternehmer ermutigt durch die nachgiebige Haltung der Gewerkschaftsführer immer weitergehende Forderungen stellen. Schon im Laufe der vorigen Woche hatten die Gewerkschaftsvertreter eingewilligt, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Das bestätigt die Abendausgabe des Vorwärts vom 20. November, in der mitgeteilt wird: „Die Gewerkschaften wollen, um ja kein Hindernis für die Wiederaufnahme zu bilden, daß unter dem bis zum 31. Oktober in Kraft gewesenen Tarifvertrag die Arbeit wieder aufgenommen wird. Dann aber soll vom Tage der Entscheidung des Arbeitsgerichtes der neue Schiedsspruch die Grundlage der Bezahlung sein. Sollte aber das Urteil des Reichsarbeitsgerichtes zugunsten der Arbeiter ausfallen, dann sollen neue Verhandlungen geführt werden, bis zu deren Abschluß der alte Tarif weiter gelten soll.“ — Die Unternehmer waren aber mit diesem Vorschlag nicht einverstanden, obwohl er die bedingungslose Kapitulation bedeutet, weil sie sofort eine langjährige bindende Neuregelung sowohl der Löhne als der Arbeitszeit verlangten. Es wurde eine kleinere Verhandlungskommission gebildet, der vom DMB das Hauptvorstandsmitglied Reichel angehört. Dort machten die Unternehmer den Vorschlag, lediglich einem kleinen Teil der Zeithonarbeit 6 Pfennig zuzugestehen, dem übrigen Teil der Zeithonarbeit jedoch nur 3 Pfennig. Die Akkordarbeiter sollten überhaupt keine Zulage erhalten und diese Lohnregelung sollte für zwei Jahre Geltung haben. Außerdem sollte die bisherige 12stündige Arbeitszeit wieder mindestens um 2 Jahre verlängert werden. Zum Spott machten die Unternehmer in der Arbeitszeitfrage einige logenannte Verbesserungsvorschläge, die aber in Wirklichkeit keinerlei Verbesserungen gebracht hätten. Der DMB-Führer Reichel erklärte sich mit diesem Vorschlag bereits einverstanden, er mußte jedoch den Vorbehalt machen, daß auch die Bezirksleitung des DMB dieser Regelung zustimme. Somet waren die Verhandlungen am Sonnabend geblieben, der Regierungspräsident Bergemann erklärte schon, daß die Einigung da sei. Jedoch auch die kommunistische Presse erhob von dem schändlichen Pakt und mobilisierte die Ruhrarbeiterschaft gegen den Verrat. Als dann am Sonntag und Montag Reichel mit den übrigen Bureaufakten des DMB die Lage besprach, mußten sie feststellen, daß man angesichts der Erregung der Arbeiterschaft nicht ohne weiteres diese schändliche Vereinbarung annehmen könnte, sondern mindestens die Kapitulation noch vorbereiten müsse.

Bei der Fortsetzung der Verhandlungen bestanden die Unternehmer darauf, daß ihr Vorschlag, den sie als ihr letztes Angebot bezeichneten, angenommen werden müsse. Umsonst schlugen die

Gewerkschaftsbureaufakten vor, dieselbe Regelung als „vorläufige Regelung“ zu bezeichnen, bis das Reichsarbeitsgericht die letzte Entscheidung über den Schiedsspruch gefällt habe. Da die Gewerkschaftsführer aber noch nicht endgültig unterzeichnen konnten, wurde mit den Unternehmern vereinbart, die offiziellen Verhandlungen bis zum 24. November auszusetzen, bis zu welchem Termin das Landesarbeitsgericht Duisburg, die zweite Instanz, über Rechtsgültigkeit oder Ungültigkeit des Schiedsspruches entschieden hat.

Wie aber aus allen Berichten hervorgeht, wird der Schacher im Geheimen weitergehen. Die Gewerkschaftsführer werden die kommenden Tage ausnützen, um durch alle möglichen Mäner und Schwindelereien den Boden für die vollständige Kapitulation vorzubereiten.

Die Ruhrarbeiter wollen aber um keinen Preis zu den schändlichen Bedingungen der Unternehmer die Arbeit wieder aufnehmen. Ihre Kampfleitungen werden alle Kräfte bündeln, um die Kampffront so zusammenzuschweißen, daß der Kampf bis zum Siege der Arbeiter fortgesetzt wird.

Da das Angebot der Ruhrindustriellen ein Muster für alle deutschen Unternehmer ist, da vom Ausgang des Ruhrkonfliktes sehr viel abhängt, wie sich die Löhne und Arbeitsbedingungen der gesamten deutschen Arbeiterschaft gestalten werden, da also jeder Arbeiter das größte Interesse an einem Siege der Ruhrarbeiter hat, gilt es jetzt erst recht ihren Kampf nach allen Kräften zu unterstützen.

Neue Verhandlungen

nach der Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes

II. Düsseldorf, 20. November 1928.

Nachdem der Termin vor dem Landesarbeitsgericht bereits auf den 24. November anberaumt worden ist, sind sich beide Parteien darüber einig, daß die Verhandlungen bis zur Entscheidung dieses Gerichtes ausgesetzt werden, zumal durch das Dankschuldigste des Feiertages (Ruhtag) nur zwei Arbeitstage verlorengehen. Beide Parteien legen Wert darauf, die Verhandlungen nicht abbrechen.

„Die nächsten Panzerkreuzer, bitte!“

Die „linken“ SPD-Führer schützen auch in Zukunft die imperialistische Rüstungspolitik des Parteivorstandes

Am letzten Sonntag tagte in Dresden der 3. Parteitag der KPD, der sozialfaschistischen Hilstruppe der Bourgeoisie. Max Müller, der über die politische Situation referierte, rief sich in brüderlicher Weise an dem Parteivorstand der SPD und sagte, wie wir bereits berichteten, über dessen Politik u. a.:

„Der Vorschlag vom 10. August, die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers, habe zu neuen Hoffnungen berechtigt. (...) Noch fehlte es aber beim Parteivorstand und bei der Mehrheit der Partei an dem notwendigen Mut, die Zeit für selber immer noch nicht vorbei, wo man es vorziehe, mit den Massen zu irren. (...) Einst werde jedoch der Tag kommen, an dem sich die Erkenntnis durchbringe, wie richtig der Weg der KPD gewesen sei.“

Dieser Vorwurf, den der USPD-Mann Müller dem Parteivorstand der SPD macht, ist unberechtigt. Wer, insbesondere selbst die Hermann Müller, Wels und Hilferding in der Koalitionsregierung sitzen, den konsequenten Weg der SPD-Führer beobachtet hat, der muß zugeben, daß ihre Politik kaum nationaler, kaum imperialistischer sein kann, und daß die SPD-Führer sich konsequent zum Ziele der Auffassungen der Sozialfaschisten bewegen. Einmal in der Frage der Einsetzung von sozialfaschistischen Reichsbanner-Koalitionsmandats gegen streikende revolutionäre Arbeiter, wie wir dies im Hamburger Hafenarbeiterkampf und anderswo gesehen haben, zum anderen aber gerade in der Frage der Unterstützung und Befürwortung der imperialistischen Rüstungspolitik der deutschen Bourgeoisie steuern die SPD-Führer schon offen den Kurs der sozialfaschistischen Führer. Allerdings in einer Frage unterscheiden sich die SPD-Führer von denen der USPD noch, nämlich, daß sie nicht offen, wie die letzteren, sondern in verdeckter Weise und durch vielerlei Täuschungsmanöver die Arbeiterschaft über ihre wirkliche Politik irreführen, um sie desto sicherer über den Weg der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, der „Wirtschaftsdemokratie“ und des kapitalistischen Schließungswesens zur Anerkennung und Billigung der Politik zu bringen, die die USPD-Führer schon heute offen vertreten. Wenn die sozialfaschistischen Führer, wie Müller am vergangenen Sonntag im Landtage, darüber jammern, daß die Verhinderung des Proletariats an die Bourgeoisie nicht schnell genug geht, so liegt das wahrhaftig nicht an dem schlechten Willen der SPD-

Führer, sondern einzig und allein an der revolutionären Widerstandskraft der breiten Mitgliedermassen der SPD, die immer mehr und mehr in richtiger revolutionärer Erkenntnis der sozial-imperialistischen Politik der SPD-Führer steuern.

Der Widerstand der SPD-Arbeiter gegen diese Politik der Hermann Müller u. Co. hat sich treffend gezeigt bei der Bewilligung der ersten Panzerkreuzerrate durch die SPD-Minister. Noch einmal haben die SPD-Führer durch ihren demagogischen Antrag im Reichstag gegen den Weiterbau des Panzerkreuzers einen ganzen Teil ihrer Mitglieder zu „berausigen“ gewußt. Bei dieser „Arbeit“ haben sich die sogenannten „Linken“ um Levi, Seydewitz und Saube wieder einmal als die gefährlichsten Verräter an der Arbeiterschaft erwiesen, indem sie alle Mühen sprangen ließen, um den SPD-Arbeitern dieses Wanderver des SPD-Parteivorstandes glaubhaft zu machen und ihnen einzureden, daß der Parteivorstand gar nicht daran dächte, die imperialistische Rüstungspolitik zu unterstützen — Die Abstimmung über den Panzerkreuzerantrag im Reichstag resp. das Vertrauensvotum, das die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion einschließlich der „Linken“ — einige davon, wie Levi und Saube, verließen währenddem den Sitzungssaal, was aber auf dasselbe hinausläuft — für den Kriegsminister Groener noch seiner unerhörten Kriegsschreie abgegeben hat, hat die ganze Gesellschaft der SPD-Führer mit einem Schlage ins greifbare Licht ihrer Befürwortung der imperialistischen Rüstungspolitik gestellt. Schon das muß für jeden Arbeiter genug sein, um die ganze Demagogie des Panzerkreuzerantrages der SPD-Führer zu erkennen.

Doch das Spiel ist noch nicht aus. Die SPD-Arbeiter werden in kürzester Zeit weitere Beweise dafür bekommen, wie unendlich die Koalitionspolitik der SPD-Führer gerade mit der imperialistischen Rüstungspolitik der Bourgeoisie verknüpft ist, und wie die Koalitionsregierung Müllers in Wirklichkeit die imperialistische Politik des Bürgerblocks unter voller Zustimmung der sozialdemokratischen Führer fortsetzt. Natürlich haben die letzteren die Absicht, auch in Zukunft genau so wie bisher die SPD-Arbeiter über diese Politik irreführen, durch ähnliche Manöver, wie sie dies bisher in dieser Frage getan haben und wiederum betätigen sich die „Linken“ wieder als die Schrit-

Ausperrung im märkischen Land am 30. November

40 000 Metallarbeiter streiken auf die Straße

Berlin, 22. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Der Märkische Arbeitgeberverband der Metallindustriellen hat beschlossen, am 30. November die Metallarbeiterschaft endgültig auszusperren. Ingesamt kommen mit den Arbeitern, die bereits auf Grund des Nordwestkonflikts durch Stilllegungen der Betriebe auf die Straße geworfen wurden, etwa 30-40 000 Arbeiter in Frage, die die Unternehmer im märkischen Land dem Hunger preisgeben wollen. Bekanntlich wurden die Verhandlungen in der märkischen Metallindustrie vergangenen Montag vertagt, weil den Unternehmern das schändliche Angebot der reformistischen Gewerkschaftsführer, die Kautschuk des Lohntarifs 5 Monate zu verlängern, nicht weit genug ging. Der Schlichter vertagte darauf die Verhandlungen, um das Ergebnis in Nordwest abzuwarten, um dann auf der Grundlage desselben erneute Verhandlungen zu beginnen. Da die Verhandlungen in Düsseldorf aber bisher zu keinem Ergebnis geführt haben, erfolgt jetzt die Aussperrung der Metallindustrie.